

Geschäftsstelle LSBB/LSV im Neues Stadthaus
(Raum 231)
Parochialstr. 3
10179 Berlin
Per E-Mail

Berlin, 03. Juni 2021

Marcel Schwemmlin
Landesgeschäftsführer

marcel.schwemmlin@fdp.de
www.fdp-berlin.de

FDP Landesverband Berlin
Dorotheenstraße 56
10117 Berlin

T: 030 278959-0

Ihre Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl 2021

Sehr geehrte Frau Lämmer,

vielen Dank für Ihr Interesse an den Positionen der Freien Demokraten im Land Berlin. Die von Ihnen übermittelten Wahlprüfsteine darf ich wie folgt beantworten.

1. Welche Erwartungen an ein Altenhilfestrukturegesetz für Berlin hat Ihre Partei und welche inhaltlichen Schwerpunkte, entsprechend des 7. Altenberichts der Bundesregierung, sollten berücksichtigt werden?

Altenhilfe ist als kommunale Pflichtaufgabe zu verstehen und in das allgemeine Verwaltungshandeln zu integrieren. Zudem sind die bestehenden landesrechtlichen Vorschriften optimal zu vernetzen. Dies sollte durch ein eigenes Altenhilfestrukturegesetz geschehen, wie es derzeit unter Federführung des Landessenorenbeirats vorbereitend erarbeitet wird. Ziel muss eine Stärkung der Selbstbestimmung und der sozialen Teilhabe sein (unter Einbeziehung des Sozialraums und mit präventivem Charakter).

2. Was tun Sie auf Landes- und Bundesebene zur Verbesserung der pflegerischen Versorgung älterer Menschen und zur Überwindung des Pflegenotstandes? "Welche Schritte werden Sie auf Landes- und Bundesebene zur Verbesserung der pflegerischen Versorgung gehen, - zur Sicherung eines bedarfsgerechten Personalschlüssels? - zur Schaffung eines allgemein verbindlichen Tarifvertrages? - zur finanziellen Entlastung der pflegebedürftigen Menschen? "

Die FDP will die Verbesserung der pflegerischen Versorgung und die Überwindung des Pflegenotstands durch eine finanzielle Neuordnung, Bürokratieabbau, Digitalisierung, bessere Arbeitsbedingungen sowie einer Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland erreichen. Das Pflegepersonal soll im Rahmen einer Neuordnung der Krankenhausfinanzierung aufgestockt werden. Bürokratische Hürden wollen wir mit einem Digitalisierungsschub in der Pflege abbauen (mehr digitale Anwendungen, Automatisierung und Robotik). Durch neue Anwendungen wird der Pflegealltag der Pflegekräfte erleichtert, da mehr Zeit für die Zuwendung und weniger für die Bewältigung von bürokratischen Anforderungen da ist. Eine Einschränkung oder ein pauschales Verbot der Zeitarbeit lehnen wir ab, da sich immer mehr Pflegekräfte wegen der erhöhten Flexibilität für einen Wechsel in die Zeitarbeit entschieden haben. Pflege muss sich zudem praktikabel an dem Bedarf der Menschen orientieren. Aus

diesem Grund fordern wir die Abkehr von den Pflegepersonal-Untergrenzen. Ferner setzt sich die FDP dafür ein, dass - insbesondere im Zuge des demographischen Wandels – verstärkt Arbeitskräfte aus dem Ausland mit neuen Modellen und Möglichkeiten angeworben werden.

Die pflegebedürftigen Menschen wollen wir u. a. mit einem liberalen Pflegebudget entlasten, wo jede Person selber über ihre Leistungen entscheiden kann. Die Leistungsansprüche der jeweiligen Pflegegrade sollen hierfür in ein monatliches Budget überführt werden, über das unbürokratisch und transparent verfügt werden kann.

3. Welche Erfahrungen wurden bisher, entsprechend des 8. Altersbericht der Bundesregierung, mit der Digitalisierung gesammelt und wie steht Ihre Partei dazu?

4. Welche Voraussetzungen wollen Sie schaffen, damit die Berliner Senior*innen bei der Digitalisierung eine gleichberechtigte Chance der Teilhabe am gesellschaftlichen Wandel erhalten?

Wir wollen die Digitalisierung für Ältere vorantreiben und sehen – insbesondere bei der Infrastruktur von Alten- und Pflegeeinrichtungen - weiteren Ausbaubedarf. Hierzu soll es Förderprogramme für Wohnheime geben. Konkret wollen wir ein zweites Bildungssystem schaffen, mit dem sich Menschen auch im Ruhestand unbürokratisch im Bereich der Digitalisierung weiterbilden können.

Ältere Menschen sollen zudem in Alten- oder Seniorenwohnheimen - besonders im Zuge der Corona-Pandemie - Zugang zum schnellen Internet und auf dieser Basis einen Zugang zu mobilen Endgeräten mit Videotelefonie haben, sonst könnten sie von der Gesellschaft angehängt werden. Insgesamt sind Zugang und Kompetenz die Voraussetzung für die digitale Teilhabe älterer Menschen.

5. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Diversität im Alter (sexuell und geschlechtlich) sichtbarer zu machen und damit Diskriminierung im Kontext von Gesundheitsförderung und sozialer Teilhabe zu vermeiden?

Gesellschaftliche Teilhabe ist nicht nur bedeutsam für alle Generationen, sondern auch wesentlich für die gesamte Gesellschaft. Dabei ist auch und vor allem das Engagement älterer Menschen besonders wichtig, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung immer größer wird. Insofern ist es dringend an der Zeit, das Lebensumfeld Älterer neu zu denken und überkommene Altersbilder realistisch zu aktualisieren.

Niemand darf wegen seines Alters diskriminiert werden. Wir stehen für die Abschaffung von diskriminierenden Altersgrenzen. Starre Altershöchstgrenzen in Gesetzen und Satzungen sind für uns eine Form der Altersdiskriminierung. Daher setzen wir uns für eine Überprüfung nach sach- und leistungsgerechten Kriterien ein, um eine Aufhebung bzw. Anpassung an die demografischen Entwicklungen zu erreichen. Wir wollen, dass sich jeder Mensch unabhängig von seinem (auch fortgeschrittenen) Alter entwickeln und unsere Gesellschaft von der Lebenserfahrung älterer Menschen profitieren kann. Dazu vertiefen wir den generationsübergreifenden Dialog.

Wir setzen uns für die Förderung der Teilhabe und Teilnahme im Land Berlin durch die Schaffung guter Rahmenbedingungen ein. Dafür sichern wir die Mobilität älterer Menschen mit dem weiteren Abbau von Barrieren, erleichtern ihnen den Zugang zur

digitalen Welt und schaffen zusätzlich altersgerechte Bildungsangebote für lebenslanges Lernen.

Fachkräfte in medizinischen Berufen (wie bspw. der Kranken- und Altenpflege) müssen in Studium, Aus- und Weiterbildung für den sensiblen Umgang mit den besonderen Bedürfnissen von LSBTI im Alter qualifiziert werden. Wir begrüßen die Einrichtung von Mehrgenerationenprojekten und Wohngemeinschaften für LSBTI und schätzen die Aktivitäten der Selbstorganisation und -hilfe wie z.B. der Bundesinteressenvertretung schwuler Senioren oder des Dachverbands Lesben im Alter.

6. Welche konkreten Schritte haben Sie geplant, um die gesellschaftliche Teilhabe von älteren Berliner*innen mit Migrationsgeschichte zu fördern und ihre Repräsentation in politischen Gremien zu erhöhen?

Für die Integration von eingewanderten Seniorinnen und Senioren ist grundsätzlich und vor allem der Spracherwerb wichtig. Aus diesem Grund setzen wir uns für an Ältere gerichtete Angebote – sowohl in Deutschland als auch im Ausland - zum Erlernen unserer Sprache, aber auch unserer Gesellschaftsordnung, ein. Ferner sollen Integrationspaten nach kanadischem Vorbild die Integration verbessern.

Die gesellschaftliche Teilhabe von schon länger ansässigen Berlinerinnen und Berlinern mit Migrationshintergrund wollen wir u. a. auch durch einen vertieften generationsübergreifenden Dialog erreichen, wo jüngere von den Integrationserfahrungen der Älteren profitieren können.

Auf eine höhere Teilnahme von Seniorinnen und Seniorinnen mit Migrationshintergrund am politischen Berlin kann man – ähnlich wie beim öffentlichen Dienst – mit Informationskampagnen und einer Stärkung der interkulturellen Kompetenz hinwirken. Zwangsmittel wie Quoten lehnen wir in diesem Zusammenhang ab.

7. Was plant Ihre Partei, damit Senior*innen so lange wie möglich ihre selbständige Mobilität aufrechterhalten können?

Mobilität ist ein wichtiges Recht für alle Bürgerinnen und Bürger. Wir legen daher bei allen Mobilitätsangeboten besonderes Augenmerk auf Barrierefreiheit. Dass alle Bahn-, S- und U-Bahn-Stationen barrierefrei ausgebaut werden, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Aufzüge dort müssen so gewartet werden, dass sie ständig funktionsfähig sind. Neben dem Inklusionstaxi, das teilweise unzuverlässig ist und oft lange Wartezeiten erfordert, wollen wir barrierefreie Angebote auch in der allgemeinen Taxiwirtschaft schaffen. Viele Seniorinnen und Senioren nutzen auch das Auto für eine sichere und bequeme Fortbewegung, deshalb darf dessen Nutzung nicht zu stark eingeschränkt werden, z. B. ist ein Parkplatzangebot in erreichbarer Entfernung zu gewährleisten.

8. Was beabsichtigen Sie zu tun, um den öffentlichen Raum zunehmend barrierefrei und sicher für Senior*innen zu gestalten?

Das Land Berlin ist durch seine Verfassung und auch durch die UN-Behindertenrechtskonvention zur Verbesserung der Barrierefreiheit verpflichtet. Personen mit eingeschränkter Mobilität sind auf barrierefreie, sichere Gehwege angewiesen. Darum wollen wir die Bedingungen für den Fußverkehr verbessern und u. a. an allen Kreuzungen die Straßenquerungen barrierefrei gestalten. Die Überquerung von Straßen soll in regelmäßigen Abständen möglich sein. Ampeln müssen dafür so geschaltet werden, dass die Querung in einem Zug möglich ist. Angebote für den Fußverkehr müssen ausgebaut und Fußgängerinnen und Fußgänger auch vor den Gefahren des

Radverkehrs geschützt werden. Radpisten in Fußgängerzonen wie in der Friedrichstraße lehnen wir deshalb ab.

Gehwege sind schnell in einen sicheren Zustand zu bringen. Planung, Bau, Unterhalt und Pflege von Fußwegen müssen deshalb beschleunigt und verbessert werden.

Modernisierungen wie etwa automatische Türen und Fahrstühle, die zur Barrierefreiheit beitragen, dürfen grundsätzlich nicht mehr verhindert werden. Die Barrierefreiheit ist uns auch bei Sportstätten oder in Bestandsgebäuden wichtig: Der Denkmalschutz Berlin soll dahingehend von einem Blockierer vieler Bauprojekte zu einem kreativen Ermöglicher werden.

9. Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um den Bedarf an bezahlbaren barrierefreien Wohnungen für Senior*innen zu decken?

Für die FDP steht die Schaffung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum in der gesamten Stadt im Vordergrund. Hierfür setzen wir auf einen Mix aus privaten, städtischen und genossenschaftlichen Angeboten. Dabei ist auch ein ausreichender Anteil an barrierefreien und ein weiterer Anteil an barrierearmen Wohnungen vorzuhalten, der sich am tatsächlichen Bedarf orientiert. Starre Quoten lehnen wir hierbei ab.

10. Was will Ihre Partei tun, um ein attraktives Wohnumfeld für ältere Menschen zu schaffen?

Ein Wohnumfeld ist für ältere Menschen dann attraktiv, wenn es optimal ihre Bedürfnisse versorgt. Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, dass der barrierefreie und direkte Zugang zur Nahversorgung und insbesondere zu gesundheitlichen Einrichtungen (Arztpraxen, Apotheken, Physiotherapie etc.) bei Neuplanungen (u.a. von Alten- und Pflegeheimen) berücksichtigt wird.

Für ältere Menschen, die ihren Lebensabend in einer angenehmen Umgebung verbringen wollen, ist es besonders wichtig, dass die Grünanlagen sauber und gepflegt sind und es keine Vermüllung des öffentlichen Straßenlandes sowie eine ausreichende Beleuchtung in den Abend- und Nachtstunden gibt. Der Stadtraum soll diesbezüglich so ausgestaltet werden, dass er Kriminalitätsschwerpunkten vorbeugt. Zudem sind ausreichend Bänke und Erholungsplätze ein positiver Aspekt gerade auch für die ältere Generation.

11. Welche Vorhaben wollen Sie auf den Weg bringen, um Altersarmut zu stoppen bzw. zu verhindern?

Für die Reduktion der Altersarmut setzen wir an verschiedenen Stellen an. Zunächst wollen wir die Altersvorsorge nach dem Baukastenprinzip organisieren. So können Bausteine aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge je nach Lebenslage flexibel kombiniert und an moderne Lebensläufe angepasst werden. Ferner soll das Renteneintrittsalter flexibilisiert werden. Wer als Seniorin oder Senior weiterarbeiten will, soll dabei unterstützt werden. Zuverdienstgrenzen sollen dementsprechend abgeschafft und Teilrenten unkompliziert ermöglicht werden. Zudem wollen wir die Erwerbsminderungsrente stärken.

Ein weiteres Modell, mit dem wir langfristig das Rentenniveau steigern wollen, ist die Einführung einer gesetzlichen Aktienrente, wo ein Anteil des Bruttoeinkommens in eine langfristige, chancenorientierte und kapitalgedeckte Altersvorsorge angelegt

wird, die als Fonds unabhängig verwaltet wird. Somit bekommen auch Geringverdiener echtes Eigentum im Alter und auch höhere Altersrenten. Ferner soll der Altersarmut u. a. mit der Einführung einer Basisrente, für diejenigen die gearbeitet und eingezahlt haben, und mit der Einführung eines Altersvorsorge-Depots, wo bestimmte Leistungen von verschiedenen Anbietern vereint werden, entgegengewirkt werden. Eine Doppelverbeitragung in der Krankenkasse für alle Wege betrieblicher und privater Vorsorge soll abgeschafft werden.

12. Was will Ihre Partei tun, um freiwilliges Engagement zu stärken und dessen Eigensinn und Eigenständigkeit zu gewährleisten?

Allgemein ist freiwilliges Engagement ein zentrales Zeugnis zivilgesellschaftlicher Verantwortung in liberalen Gesellschaften. Das gilt nicht nur für die junge, sondern auch für die ältere Bevölkerung. Wir wollen die Berliner Engagementstrategie gezielt anwenden und weiterentwickeln, indem wir auch digitales Engagement bei Seniorinnen und Senioren fördern. So soll auch diese Gruppe für das Ehrenamt erschlossen und der Zugang dieser zu bürgerschaftlichem Engagement erleichtert und verbessert werden.

Ferner wollen wir ehrenamtliches und bürgerliches Engagement stärken, indem die Ehrenamtspauschale angemessen erhöht und das Ehrenamt von Bürokratie und möglichen Haftungsrisiken entlastet wird. Organisatorisch wollen wir Seniorinnen und Senioren eine direktere Stimme geben und dazu die Seniorenvertretungen rechtlich und finanziell stärken.

Mit freundlichen Grüßen



Marcel Schwemmlin
Landesgeschäftsführer der FDP Berlin